

Hans Rattinger und Zoltán Juhász

Wirtschaftslage und Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland 1972-1987

1. Einleitung

Der Untergang der Weimarer Republik und die frühen Jahre der Bundesrepublik Deutschland werden oft als die deutlichsten Belege für die Abhängigkeit der Unterstützung der politischen Ordnung durch die Bevölkerung von der wirtschaftlichen Lage herangezogen (z.B.: Almond/Verba 1965: 65; Baker et al. 1981: 74 f.; Rattinger/Puschner 1981). In der Tat fielen in Deutschland die Wahlerfolge der NSDAP und KPD mit der wirtschaftlichen Krise der 20er und 30er Jahren zusammen, und nach dem zweiten Weltkrieg entsprach dem "Wirtschaftswunder" ein "Wahlwunder" in Form einer Konzentration des Parteiensystems auf dem politischen System gegenüber loyale Gruppierungen (Kaltefleiter 1968: 111 ff.). Die durch diese Beispiele implizierte und durch systematische Studien (z.B. Kaltefleiter 1974; Küchler 1986; Gabriel 1989) unterstützte Vermutung einer Beziehung zwischen wirtschaftlicher Zufriedenheit und Akzeptanz der herrschenden politischen Ordnung bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Studie. Im folgenden wird insbesondere die Frage behandelt, inwieweit in den 70er und 80er Jahren wirtschaftliche Bewertungen und Erwartungen die Einstellungen zur Demokratie und zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst haben. Dazu wird nach der Diskussion der beiden zentralen Konzepte dieser Arbeit - "Zufriedenheit mit dem politischen System" und "wirtschaftliche Einschätzungen" - die Beziehung dieser Einstellungen zueinander anhand von Umfragedaten zu fünf Zeitpunkten empirisch untersucht.

2. Grundbegriffe und theoretischer Rahmen

2.1. Zufriedenheit mit dem politischen System

Politische Entfremdung gehört wegen ihrer potentiell bedrohlichen Folgen zu einer der häufiger untersuchten sozialen Erscheinungen. Die Bedeutung des Begriffs "politische Entfremdung" bleibt allerdings trotz einschlägiger Abhand-

lungen umstritten (Koff 1973). Die zahlreichen Definitionsversuche lassen sich zum Teil auf die divergierenden Sichtweisen der Vertreter der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen zurückführen: Soziologen begreifen Entfremdung beispielsweise überwiegend als eine Eigenschaft von gesellschaftlichen Gruppen und Verhältnissen, während Psychologen Entfremdung in erster Linie als ein Attribut des Individuums sehen. Aber auch bei der sozialpsychologischen Sichtweise, die diesem Beitrag zugrunde gelegt wird, muß bedacht werden, daß Entfremdung nicht als ein generelles Attribut einzelner Personen aufgefaßt werden darf, sondern vielmehr als ein multidimensionales Phänomen begriffen werden muß¹. Kensington (1970: 392) hat außerdem darauf aufmerksam gemacht, daß einer der wichtigsten Bestandteile der Definition von Entfremdung die Kennzeichnung des Entfremdungsobjektes ist. Empirische Untersuchungen haben diese Tatsache wiederholt bestätigt, indem sie gezeigt haben, daß Entfremdung in einem Lebensbereich nicht notwendigerweise Entfremdung in anderen Bereichen nach sich zieht (z.B. Lipset 1979), daß also das Gefühl politischer Machtlosigkeit zum Beispiel nicht generell auf alle politischen Objekte bezogen sein muß, sondern nur Teilbereiche der Politik betreffen kann.

Als Einstellungsbündel verstanden hat politische Entfremdung dennoch einen meist begrenzteren Bedeutungsinhalt. Obwohl sich auch hier unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und zahlreiche Bezeichnungen finden lassen, können doch zwei Hauptdimensionen klar herausgearbeitet werden: "politische Zufriedenheit" und "politische Machtlosigkeit"². "Politische Zufriedenheit" steht dabei für die Einstellung, die über den Grad der Loyalität und des Vertrauens gegenüber politischen Akteuren und Institutionen Auskunft gibt. In Abgrenzung dazu steht "politische Machtlosigkeit" für die Einstellung, die den Grad der wahrgenommenen Einflußmöglichkeit individuellen politischen Handelns auf den politischen Prozeß beschreibt (z.B. Campbell et al. 1954). Die Begrenzung auf diese zwei Hauptdimensionen der politischen Entfremdung erklärt sich weitgehend durch die von Politikwissenschaftlern in diesem Zusammenhang bevorzugten Fragestellungen. Sowohl "politische Machtlosigkeit" wie auch

¹ Seeman (1959) hat fünf Dimensionen der Entfremdung identifiziert: "powerlessness", "meaninglessness", "normlessness", "isolation" und "estrangement".

² Olson (1969) unterscheidet zwischen "political incapability" und "political discontent", während Finifter (1970) von "political powerlessness" und "political normlessness" spricht. Seeman (1972) wiederum ersetzt "political discontent" durch "political distrust".

"politische Zufriedenheit" werden mit der Stabilität demokratischer Systeme in Verbindung gebracht. Es wird angenommen, daß Demokratien zu ihrem reibungslosen Funktionieren nicht nur artikulierte und selbstbewußte Bürger brauchen, die ihre Interessen kundtun und verteidigen, sondern auch politisch zufriedene Bürger mit ausreichendem Vertrauen, die staatliche Entscheidungen auch dann tolerieren, wenn sie für den Einzelnen unangenehm ausfallen³.

In der vorliegenden Studie wird die Untersuchung auf die Dimension der Zufriedenheit mit dem politischen System beschränkt. Systemzufriedenheit wird dabei weitgehend der "diffusen Unterstützung" bei Easton (1965) gleichgesetzt. Das Hauptaugenmerk liegt damit auf der Unterstützung der allgemeinen Verfassung und Organisation des politischen Systems. Die Zufriedenheit bezieht sich in erster Linie darauf, was das politische System repräsentiert, nicht auf das, was seine Akteure tun. Eine klare Abgrenzung der Einstellungen gegenüber dem politischen System von der Zufriedenheit mit den jeweiligen politischen Akteuren und Institutionen ist jedoch äußerst schwer. Diese Schwierigkeit ist in der Bundesrepublik besonders groß, denn die politische Ordnung ist noch relativ jung, so daß ihre Bewertung weniger auf einer langjährigen, symbolischen und affektiven Verankerung im Bewußtsein des Bürgers basieren kann - umso mehr als in der Bundesrepublik aufgrund der historischen Erfahrungen bewußt auf eine starke symbolische Komponente der Repräsentation von Politik verzichtet wurde⁴ - sondern sich noch stark auf die Wahrnehmung des aktuellen politischen Geschehens, der Politikinhalt stützen muß. Da in dieser Arbeit die Abhängigkeit der *Unterstützung des politischen Systems* von wirtschaftlichen Bedingungen und Einschätzungen untersucht wird, ist eine Differenzierung zwischen der "Zufriedenheit mit dem politischen System" und der "Zufriedenheit mit den politischen Akteuren" unerläßlich. Daß eine empirische Unter-

³ Es gibt allerdings Hinweise dafür, daß nicht die gleichzeitigen Gefühle der politischen Machtlosigkeit und des politischen Mißtrauens die größte Gefahr für die Stabilität des politischen System darstellen, sondern fehlendes Vertrauen in die Politik, gepaart mit dem Gefühl, politisch einflußreich zu sein (z.B.: Paige 1971).

⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auf vieles verzichtet, was zwar das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bundesdeutschen gefördert, gleichzeitig aber an das Hitler-Regime erinnert oder einen neuen Nationalismus gefördert hätte. Die Errichtung repräsentativer staatlicher Bauten und Denkmäler, das Abhalten von Paraden oder die Einführung nationaler Feiertage wurde deshalb weitgehend vermieden. Die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg erschwerte die Ausbildung einer starken Identifikation mit dem neuen politischen System zusätzlich. Das auf der Grundlage des Grundgesetzes entstandene Staatswesen mit der neuen Hauptstadt Bonn wurde lange Zeit als ein Provisorium verstanden. Insgesamt hatten die Bürger in der Bundesrepublik also in der Vergangenheit nur wenige symbolische Identifikationsmöglichkeiten mit dem neuen Staat.

scheidung dieser Konzepte trotz der genannten Schwierigkeiten möglich sein könnte, zeigen dabei die Untersuchungen von Citrin (1974), der auf die Existenz zahlreicher Personen in den Vereinigten Staaten verweist, die Politiker mit großem Zynismus betrachten, gleichzeitig aber auf das politische System ausgesprochen stolz sind, oder die vergleichende Studie von Muller et al. (1982), die deutlich machen konnte, daß die diffuse Unterstützung für das politische System und für das jeweilige Regime unterschiedliche politische Verhaltenskonsequenzen nach sich zieht. Im Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit dem politischen System werden Fragen der Systemstabilität und des unkonventionellen politischen Verhaltens stärker berührt, während mit der Zufriedenheit mit den politischen Akteuren und ihrer Politik eher Fragen systemimmanenter Machtumverteilung und konventionellen politischen Verhaltens assoziiert sind. Die Annahme einer gewissen Unabhängigkeit beider Einstellungsbündel ist also außer durch die unterschiedlichen Einstellungsobjekte auch durch die unterschiedlichen politischen Reaktionen gerechtfertigt.

Die Untersuchung des Einflusses demographischer und sozioökonomischer Variablen auf den Grad der Entfremdung hat bislang recht unterschiedliche Ergebnisse geliefert (Wright 1973: 35 ff.). Wirtschaftliche Bedingungen und wirtschaftliche Einschätzungen finden sich wegen ihrer angenommenen großen Bedeutung für den Einzelnen wie für die Allgemeinheit immer wieder unter den untersuchten potentiellen Determinanten der Entfremdung. Eine vollständige Erklärung für die Systemzufriedenheit können sie natürlich nicht leisten, denn die Zufriedenheit mit dem politischen System hängt von zahlreichen anderen Bedingungen ab, wie zum Beispiel von der politischen Sozialisation des Einzelnen oder von aktuellen politischen Ereignissen und Stimmungen. Die Einschätzungen der allgemeinen und persönlichen Wirtschaftslage können die Systemzufriedenheit aber auch schon deshalb nicht vollständig erklären, weil die Systemzufriedenheit als eine relativ stabile affektive Prädisposition betrachtet werden muß, die als solche von den ständig kurzfristigen Änderungen unterworfenen Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage nur bedingt beeinflussbar ist⁵. Insgesamt darf also nur mit einem vergleichsweise schwachen Zusammenhang

⁵ Die Systemzufriedenheit ist, der Parteiidentifikation vergleichbar, eine relativ stabile affektive Bindung des Einzelnen. Für die Parteiidentifikation steht fest, daß sie durch aktuelle politische Ereignisse und durch Einstellungen gegenüber aktuellen politischen Fragen und Akteuren beeinflussbar ist (z.B.: Kessel 1972, Fiorina 1981). Folglich darf auch für die Zufriedenheit mit dem politischen System eine zumindest begrenzte Abhängigkeit von wirtschaftlichen Bedingungen angenommen werden.

zwischen wirtschaftlichen Bewertungen und Erwartungen und Einstellungen zum politischen System gerechnet werden.

2.2. *Wirtschaftliche Einschätzungen und wirtschaftliche Lagen als Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit dem politischen System*

2.2.1. *Vorbemerkung*

Der Versuch, politische Phänomene mit Hilfe von ökonomischen Variablen zu erklären, hat in den letzten Jahrzehnten zu einer bemerkenswerten Differenzierung von Ansätzen und Hypothesen geführt. In der Bundesrepublik wurden Studien auf der Aggregat- wie auf der Individualebene vor allem mit dem Ziel durchgeführt, die Wirkung von objektiv gegebenen und subjektiv eingeschätzten wirtschaftlichen Bedingungen auf die Popularität der Parteien, der Regierung oder des Kanzlers zu bestimmen (z.B: Frey und Garbers 1972, Kirchgässner 1974, Norpoth und Yantek 1983, Roth 1973, Rattinger und Puschner 1981). Obwohl die Mehrzahl dieser Arbeiten keinen direkten Bezug auf die Abhängigkeit der Systemzufriedenheit von der Ökonomie nimmt, so kann dennoch davon ausgegangen werden, daß diese Studien viele Erkenntnisse und Anregungen beinhalten, die auch auf das hier zur Diskussion stehende Abhängigkeitsverhältnis übertragen werden können⁶.

2.2.2. *Einschätzung der wirtschaftlichen Bedingungen*

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage wird hier durch Bewertungen der gegenwärtigen und Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Lage des Landes und des Einzelnen erfaßt. Diese Variablen decken einen wichtigen Teil der wirtschaftlichen Einstellungen des Einzelnen mit potentiellen

⁶ Es könnte zum Beispiel überprüft werden, ob und wie die Qualität, Stärke und Richtung der politischen Reaktionen von der Art der wirtschaftlichen Einschätzungen beeinflusst wird; das heißt erstens, ob positive und negative wirtschaftliche Einschätzungen die gleichen politischen Einstellungsveränderungen hervorrufen, und zweitens, ob analog zur "Reaktionsschwelleshypothese" von Frey und Garbers (1972) auch hier eine gewisse Intensität und Ausprägung wirtschaftlicher Einschätzungen vorausgesetzt werden muß, bevor tatsächlich eine Veränderung der politischen Einstellungen eintritt. Da es sich bei der Zufriedenheit mit dem politischen System um eine relativ stabile Einstellung handelt, konnte ferner geprüft werden, inwieweit zwischen den veränderten wirtschaftlichen Einschätzungen und den politischen Einstellungsänderungen zeitliche Verschiebungen beachtet werden müssen.

politischen Folgen ab. Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß dabei einige für das Thema möglicherweise relevante ökonomische Variablen unberücksichtigt bleiben müssen, so zum Beispiel die Rolle von ökonomischen Ideologien oder die aktuelle Bewertung von wirtschaftlichen Akteuren und wirtschaftspolitischen Entscheidungen oder Lösungsstrategien. Eine umfassende Analyse der Bedeutung wirtschaftlicher Einstellungen für die Zufriedenheit mit dem politischen System ist im Rahmen dieser Studie deshalb nicht beabsichtigt und aufgrund der Datenlage auch nicht möglich. Da also nicht alle möglichen wirtschaftlichen Ursachen der Systemzufriedenheit mitberücksichtigt werden, ist der vorliegende Ansatz, technisch gesprochen, "unterspezifiziert".

Eine zentrale Vorbedingung für eine kausale Beziehung zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und der Systemzufriedenheit ist die Attributierung der Verantwortung für die wirtschaftlichen Bedingungen an das politische System, denn erst diese Zuweisung von Verantwortung stellt die notwendige kognitive Verbindung her. Je mehr Verantwortung dem politischen System zugeschrieben wird, desto wahrscheinlicher wird eine enge Beziehung zwischen Systemzufriedenheit und wirtschaftlichen Einschätzungen. Das Ausmaß der perzipierten Verantwortung des politischen Systems für die wirtschaftlichen Lagen und somit die Stärke der hier untersuchten Beziehung ist jedoch nicht unabhängig von äußeren Bedingungen und kann zum Beispiel von den objektiven wirtschaftlichen Bedingungen beeinflußt werden. In Zeiten mit guter allgemeiner Wirtschaftslage werden sich wirtschaftliche Einschätzungen wahrscheinlich weniger stark auf die Systemzufriedenheit auswirken, da sie dem gewünschten Zustand eher entsprechen und deshalb keiner besonderen Beachtung bedürfen. Ist die nationale Wirtschaftslage dagegen schlecht, so wird sie im allgemeinen stärker thematisiert, tritt folglich mehr in das Bewußtsein des einzelnen Bürgers, und die Verantwortung für diese Bedingungen wird verstärkt im Bereich der Politik gesucht. Bei der Attribuierung der Ursachen für die individuelle Wirtschaftslage dürfte die jeweilige objektive persönliche Wirtschaftslage zu ähnlichen Unterschieden führen, denn es ist für den Einzelnen naheliegend, die Gründe für tatsächliche oder drohende materielle Deprivation eher bei externen Bedingungen, die Ursachen für individuellen Wohlstand hingegen eher bei internen Faktoren zu suchen.

Über die erwartete Richtung der Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und der Zufriedenheit mit dem politischen System besteht angesichts der verbreiteten Orientierung an materiellen Werten kaum ein Zweifel: Günstige wirtschaftliche Einschätzungen führen zu positiven

Einstellungen gegenüber dem politischen System, wohingegen ungünstige davon entfremden. Die Stärke der jeweiligen Effekte ist dagegen schwieriger vorherzusagen. Erstens spielen, wie bereits angedeutet, die allgemeinen Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle⁷, und zweitens kann die Auswahl der ökonomischen Variablen die Stärke der Beziehung verändern. Es stellt sich etwa die Frage, ob wirtschaftliche *Bewertungen* oder wirtschaftliche *Erwartungen* die stärkeren Effekte haben. Wirtschaftliche Bewertungen scheinen im allgemeinen geeigneter zu sein, größere Veränderungen in politischen Einstellungen zu bewirken, da sie sich auf konkrete Wirtschaftslagen beziehen und (im Gegensatz zu den Erwartungen) mit weniger Unsicherheitsfaktoren behaftet sind. Eine starke politische Einstellungsänderung kann aber im Einzelfall aufgrund adaptiver Erwartungen in der Folge von plötzlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Lage auch nicht ausgeschlossen werden. Eine weitere Unterscheidung der wirtschaftlichen Einstellungen kann nach der Einschätzungen der *allgemeinen* und der *individuellen* Wirtschaftslage vorgenommen werden. Diese Differenzierung scheint, gemessen an der Häufigkeit der Thematisierung in der Literatur, sogar wichtiger zu sein als die Unterscheidung zwischen Bewertungen und Erwartungen (z.B.: Roth 1973, Kiewiet 1983). Deshalb wird in den nächsten beiden Abschnitten zuerst auf die Hypothese der "persönlichen Erfahrung" eingegangen, die eine größere Wirkung individueller wirtschaftlicher Erfahrungen auf das politische Denken und Handeln postuliert, und dann auf die Hypothese der "Bewertungen der nationalen Wirtschaft", die eine größere Wirkung von kollektiven Einschätzungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage auf die politischen Reaktionen annimmt⁸.

7 Klingemann und Pappi (1970) fanden die wirtschaftliche Lösungskompetenz der Parteien als den bestimmenden Faktor für das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1969. Es kann aber keinen Zweifel geben, daß dieses Bild sich von Wahl zu Wahl ändern kann. Innenpolitische (z.B.: "Radikalenerlaß", "Parteispendenaffäre"), wie auch außenpolitische Themenbereiche (z.B.: "Ostpolitik", "NATO-Doppelbeschluß") können die Bedeutung von wirtschaftlichen Einstellungen für politische Reaktionen ausschalten oder überlagern. Auf die Beziehung zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und Systemzufriedenheit übertragen heißt das, daß jedesmal nach der Relevanz der wirtschaftlichen Einschätzungen zu fragen ist und auch entschieden werden muß, ob die wirtschaftlichen Einstellungen mittelbare oder unmittelbare Ursachen der Zufriedenheit mit dem politischen System sind.

8 Diese zwei gegensätzlichen, wenn auch nicht unvereinbaren Hypothesen werden jeweils durch Studien mit unterschiedlichen Ansätzen bestätigt. Aggregatdatenanalysen zeigen wiederholt einen Zusammenhang zwischen persönlicher Betroffenheit und politischer Reaktion (z.B.: Kramer 1971). Studien auf der Individualebene unterstützen dagegen eher die Hypothese der "Bewertung der nationalen Wirtschaftslage" (z.B.: Kinder und Kiewiet 1979).

2.2.2.1. Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Lage

Die individuelle wirtschaftliche Lage hat als intensive und persönliche Erfahrung ein großes Potential, Vorstellungen über die Gerechtigkeit der Verteilung von Einkommen, Gütern und Vermögen im allgemeinen und damit auch Einstellungen zur Politik zu beeinflussen. Sie scheint zur Politisierung um so mehr geeignet, als die ständige Ausweitung der Sozialgesetzgebung und die Segnungen des Wohlfahrtsstaates in der Bundesrepublik die staatliche Verantwortung für das wirtschaftliche Wohl des Einzelnen immer wieder unterstrichen haben⁹, und die politischen Akteure nicht müde werden, die Leistungen staatlicher Daseinsfürsorge als ihr Verdienst zu reklamieren. Die Unterstützung von Individuen mit wirtschaftlichen Problemlagen gehört heute folgerichtig zu einer akzeptierten, wenn nicht sogar erwarteten Aufgabe der Politik. Deshalb ist es plausibel, von Änderungen der persönlichen wirtschaftlichen Wohlfahrt auch Auswirkungen auf den politischen Einstellungsbereich zu erwarten.

Wirtschaftliche Einschätzungen dürften politische Einstellungen um so stärker beeinflussen, je mehr Gewicht der einzelne Bürger wirtschaftlichen Belangen beimißt. Das trifft bei besonderen wirtschaftlichen Belastungen des Einzelnen genauso zu wie bei intensiv erlebten wirtschaftlichen Erfolgen. Rattinger (1983) hat gezeigt, daß persönliche wirtschaftliche Einbußen aufgrund von Arbeitslosigkeit bei den Bundesdeutschen verstärkt zu Wahlenthaltung und Unterstützung nicht-etablierter "sonstiger" Parteien, also zu systemkritischen Reaktionen, geführt haben. Ähnliche Beobachtungen machten Schlozman und Verba (1979) für die USA, obwohl gerade in den Vereinigten Staaten solche Reaktionen aufgrund der dort verbreiteten "ethics of coping und self reliance" weniger zu erwarten gewesen wären (Sniderman und Brody 1977, Feldman 1983). Neben starker persönlicher wirtschaftlicher Deprivation bleibt aber auch die wirtschaftliche Prosperität des Einzelnen langfristig nicht ohne Wirkung auf politische Einstellungen. Bereits Almond und Verba (1965: 363) führten die zunehmende Akzeptanz der politischen Ordnung bei den Bundesdeutschen auf deren gestiegenen materiellen Wohlstand im Laufe der Jahre des "Wirtschaftswunders" zurück. Die Annahme einer uneingeschränkten "Schönwetterdemokratie" in der Bundesrepublik wurde in der Zwischenzeit zwar wiederholt

⁹ Allein zwischen 1970 und 1985 stiegen die Ausgaben für Gesundheit, soziale Sicherung und Wohnungswesen von 53 Prozent auf 70 Prozent des Staatshaushaltes (Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1985).

in Frage gestellt (z.B: Conrad 1980), an der weiterhin auch am materiellen Wohlstand orientierten Haltung der Bundesbürger bestehen jedoch wenig Zweifel. Die nach den letzten Landtags- und Kommunalwahlen 1989 in Gang gekommenen Diskussion um die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Stimmengewinne der extremen politischen Gruppierungen haben diesen Sachverhalt nur stärker ins Licht gebracht.

Geht man von einer Abnahme der Wichtigkeit der Bedürfnisbefriedigung mit wachsendem Abstand vom Selbst aus, so wäre sogar eine größere politische Bedeutung der persönlichen als der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zu erwarten. Das Wissen, *selbst* wirtschaftlich benachteiligt zu sein, müßte nach dieser Argumentation intensivere Deprivation nach sich ziehen als die Erkenntnis, in Krisenzeiten und/oder in einer wirtschaftlichen Krisenregion zu leben. Eine ähnliche Argumentation ist natürlich auch bei positiven wirtschaftlichen Erfahrungen und Entwicklungen möglich. Diesen Überlegungen muß allerdings entgegengehalten werden, daß viele Bereiche individueller wirtschaftlicher Erfahrung politische Einstellungen kaum tangieren dürften, denn zahlreiche, die individuelle wirtschaftliche Lage verändernde Ereignisse (wie etwa längere Krankheit, Tod des Ernährers, Scheidung, berufliche Beförderung, Erbe) werden von Individuen kaum in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Politik gebracht.

2.2.2.2. Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage

Die große kognitive Nähe von Wirtschaft und Politik ist einer der Hauptgründe für die vermutete enge Beziehung zwischen Einschätzungen der allgemeinen Wirtschaftslage und politischen Einstellungen und Reaktionen. Diese kognitive Verbindung ist an sich nicht selbstverständlich, denn der Bürger kann sich durch persönliche Eindrücke nur schwer Klarheit über die allgemeine wirtschaftliche Lage und das Ausmaß der staatlichen Involvierung verschaffen. Deshalb muß sich der Einzelne weitgehend auf vermittelte Informationen verlassen. Die Politiker und vor allem die Medien spielen in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle. Berichterstattung und Kommentare über die zahlreichen staatlichen Aktivitäten zur Wirtschaftssteuerung (z.B.: Stabilitätsgesetz, die Ausweitung staatlicher Beschäftigungspolitik, die Subventionierung ganzer Wirtschaftszweige und die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung in strukturell schwachen Regionen) sowie die regelmäßige Veröffentlichung von wirtschaftlichen Eckdaten (z.B: Inflationsrate, Arbeitslosenquote) sind also nicht nur als

Informationsquelle wichtig, sondern sie verstärken auch ständig die Beziehung zwischen den Einstellungen zur Wirtschaftslage in der Bundesrepublik und zur Politik. Damit wird gleichzeitig auch die staatliche Verantwortung für die allgemeine Wirtschaftslage immer fester im Bewußtsein der Bundesbürger verankert. Zudem laden die politischen Eliten die Bevölkerung durch ihre ökonomischen Kompetenzansprüche ständig dazu ein, einen hohen wirtschaftlichen Leistungsmaßstab an das politische System anzulegen, selbst dann, wenn die persönliche wirtschaftliche Situation als gut empfunden wird. Die politischen Wirkungen von Einschätzungen der allgemeinen Wirtschaftslage sind deshalb nicht nur auf die antizipierten Folgen für die persönliche wirtschaftliche Situation beschränkt. Unzufriedenheit mit dem politischen System kann darüberhinaus auch das Ergebnis der Überzeugung sein, die allgemeine Wirtschaftslage sei - ohne persönliche Betroffenheit oder Ängste - mangelhaft oder ungenügend.

Obwohl die Bedeutung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage für die Beliebtheit des politischen Systems weithin als selbstverständlich betrachtet wird, darf nicht vergessen werden, daß es auch hier Situationen gibt, in denen keine unmittelbaren Folgen von Einschätzungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage für die Systemzufriedenheit erwartet werden können. Veränderungen auf dem Weltmarkt, internationale Krisen oder Handelsembargos u.a.m. beeinflussen wahrscheinlich die Einschätzungen der allgemeinen Wirtschaftslage, sie müssen aber nicht notwendigerweise direkte Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit dem politischen System haben. Solange den politischen Akteuren die Überzeugungsarbeit gelingt, daß es sich bei den Auswirkungen auf die Bundesrepublik um außerhalb ihrer Kontrolle liegende, *extern* verursachte Probleme handelt, sind politische Reaktionen kaum zu erwarten. Genau um solche öffentlich vermittelten Interpretationen ökonomischer Problemlagen geht natürlich der parteipolitische Streit.

Die Entscheidung darüber, ob die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage oder die der persönlichen wirtschaftlichen Situation für die Erklärung der Zufriedenheit mit dem politischen System insgesamt wichtiger ist, ist nur äußerst schwer zu treffen. Trotz Kiewiets (1983) Versuch zur systematischen Beantwortung dieser Frage bleiben die Ergebnisse der bisher vorliegenden Studien widersprüchlich. Angesichts der großen Abhängigkeit der Beziehung zwischen Ökonomie und Politik von den aktuellen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und von der unterschiedlichen Interpretation ökonomischer

mischer Bedingungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist allerdings auch weiterhin nicht ohne weiteres mit eindeutigen und universell gültigen Ergebnissen zu rechnen.

2.2.3. Objektive wirtschaftliche Bedingungen

Kirchgässner (1977) zeigt in seiner Untersuchung der Abhängigkeit der Regierungspopularität von wirtschaftlichen Faktoren, daß die subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die objektiven ökonomischen Gegebenheiten mitbedingt ist. Die Wirkung objektiver wirtschaftlicher Bedingungen auf die politische Zufriedenheit scheint also durch deren subjektive Einschätzungen vermittelt zu sein. Wirtschaftliche Bewertungen und Erwartungen können folglich zu den maßgeblichen wirtschaftlichen Faktoren für politische Reaktionen gerechnet werden. Kirchgässner weist in seiner Studie aber auch auf die direkte Abhängigkeit politischer Einstellungen vom Ausmaß der Arbeitslosigkeit hin, also von objektiven wirtschaftlichen Bedingungen. Die Einbeziehung objektiver wirtschaftlicher Daten aus dem individuellen Umfeld des Befragten erscheint deshalb auch in diesem Beitrag lohnenswert, nicht zuletzt weil Individuen ihre nähere Umgebung mehr oder weniger in den Maßstab ihrer Einschätzungen einbeziehen. Es ist also vorstellbar, daß vergleichbare objektive wirtschaftliche Lagen je nach der regionalen Wirtschaftslage unterschiedlich eingeschätzt werden oder daß vergleichbare wirtschaftliche Einschätzungen in Regionen unterschiedlicher wirtschaftlicher Prosperität uneinheitliche politische Reaktionen auslösen können. Der wirtschaftliche Kontext kann also nicht nur die Einschätzungen der wirtschaftlichen Lagen, sondern auch die Reaktionsmuster beeinflussen.

Ein weiterer Grund für die Einbeziehung des ökonomischen Kontextes liegt in der Möglichkeit, die über mehrere Zeitpunkte hinweg im Querschnitt gewonnenen Ergebnisse mit den zu einem Zeitpunkt in Regionen mit unterschiedlicher Wirtschaftslage ermittelten Ergebnissen zu vergleichen. Da sich Unterschiede in der Wirtschaftslage nicht nur im Zeitverlauf, sondern auch zu jedem Zeitpunkt zwischen verschiedenen Regionen feststellen lassen, findet das Auf und Ab der allgemeinen Wirtschaftslage über die Zeit hinweg eine gewisse Entsprechung in gleichzeitigen regionalen Disparitäten. Es gilt also zu prüfen, ob Veränderungen der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und politischer Systemzufriedenheit zwischen Zeiten mit

unterschiedlichen Wirtschaftslagen den Unterschieden zwischen Regionen mit unterschiedlicher Wirtschaftslage zu einem einzigen Zeitpunkt entsprechen.

3. Datenbasis und Methode

Fünf Umfragestudien liefern die Datenbasis für diese Arbeit. Sie wurden zwischen 1972 und 1987 anlässlich von Bundestagswahlen durchgeführt und enthalten bis auf das Jahr 1972 alle relevanten Variablen in vergleichbarer Form¹⁰. Die abhängige Variable ist die "Zufriedenheit mit dem politischem System (der Demokratie)". Aufgrund der Frageformulierung kann leider nicht ausgeschlossen werden, daß einige der Befragten bei der Frage nach ihrer Systemzufriedenheit vor allem an die politischen Parteien oder die Regierung dachten. Den Befragten standen 1972 und 1976 ferner nur drei Antwortkategorien zur Verfügung, anstelle von vier in den späteren Jahren. Um den Vergleich über die Zeit hinweg zu ermöglichen, wurden die Variablen für Systemzufriedenheit nach 1980 auf drei Ausprägungen umkodiert, das heißt, die Kategorien "unzufrieden" und "sehr unzufrieden" wurden zu einer Kategorie zusammengefaßt. Der Wertebereich wurde dabei so festgelegt, daß die Werte die Ausprägungen 0 (sehr zufrieden), 0,5 (zufrieden) und 1 (unzufrieden / sehr unzufrieden) annehmen.

Die Indikatoren für wirtschaftliche Einschätzungen werden durch vier Variablen abgedeckt: (1) Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage, (2) Erwartung hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage, (3) Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage, (4) Erwartung hinsichtlich der persönlichen wirtschaftlichen Situation. Sie sind inhaltlich und formal für alle Jahre gleich. Allerdings fehlt für 1972 die Frage nach der Erwartung der zukünftigen individuellen wirtschaftlichen Lage. Der Wertebereich dieser Variablen mit jeweils fünf Antwortkategorien wurde ebenfalls auf Werte zwischen 0 (=sehr gut) bis 1 (=sehr schlecht) umkodiert.

Die Bedeutung des wirtschaftlichen Kontextes wird nur für 1987 untersucht. Die Arbeitslosenquote in den Kreisen vom Januar 1986 wird dabei als Indikator

¹⁰ Alle fünf Datensätze wurden vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität Köln zur Verfügung gestellt (Wahlstudie 1972 ZA-Nr. 0635, Wahlstudie 1976 ZA-Nr. 0823, Wahlstudie 1980 ZA-Nr. 1053, Wahlstudie 1983 ZA-Nr. 1276, Wahlstudie 1987 ZA-Nr. 1536).

verwandt. Obwohl eine gewisse Willkür bei der Auswahl dieses Indikators und bei der Festlegung der regionalen Einheiten nicht zu bestreiten ist, erscheint diese Entscheidung dennoch gerechtfertigt, denn erstens erhält die Arbeitslosenquote in der Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit, zweitens repräsentiert sie wirtschaftliche Vitalität bzw. Problemlagen verschiedener Regionen angemessen, und schließlich erlaubt sie eine einfache Differenzierung verschiedener wirtschaftlicher Lebenswelten in der Bundesrepublik. Die objektive Wirtschaftslage wurde als besonders gut betrachtet, wenn die Arbeitslosenquote im Kreis des Befragten unter sechs Prozent lag, als besonders schlecht, wenn sie 15 Prozent überstieg. Dazwischen wurden zwei weitere Kategorien gebildet, die erste von sechs bis unter elf Prozent Arbeitslosenquote, die zweite von 11 bis 15 Prozent; die Befragten wurden also in insgesamt vier Teilgruppen aufgeteilt.

Das statistische Verfahren zur Untersuchung der Richtung und der Stärke der Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen Einschätzungen und der Systemzufriedenheit ist die simultane Regression der Zufriedenheit mit dem politischen System auf die Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage. Diese Berechnungen wurden zunächst für die Gesamtstichproben zu den fünf Zeitpunkten und anschließend für einige Teilstichproben gesondert durchgeführt. Die Teilstichproben wurden dabei nach Alter, Bildung und Parteidentifikation gebildet. Diese Auswahl von Merkmalen ist, wie später näher ausgeführt wird, vor allem durch die zu erwartende unterschiedliche wirtschaftliche und politische Zufriedenheit der Merkmalsträger begründet. Ob tatsächlich Unterschiede zwischen den Mittelwerten der einzelnen Teilstichproben bestehen, wurde mit Hilfe von T-Tests und multiplen Vergleichstests der Mittelwerte ermittelt.

4. Ergebnisse

4.1. Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Zufriedenheit zwischen 1972 und 1987

Die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem politischen System nahm bei den befragten Bundesbürgern seit 1972 kontinuierlich ab; zwei Drittel der Bevölkerung waren 1987 zwar nach wie vor mit dem politischen System zufrieden, die Zahl der Unzufriedenen wuchs jedoch auf Kosten des Anteils der sehr Zufriedenen. Im Mittel wurde in den Jahren 1972, 1980 und 1987 die

allgemeine Wirtschaftslage etwa gleich beurteilt, 1976 und besonders 1983 fielen die Bewertungen dagegen pessimistischer aus (Tabelle 1). Diese Veränderungen der Beurteilungen reflektieren die jeweilige Wirtschaftslage recht genau. 1976 waren angesichts des Anstieges der Inflation auf über sechs Prozent, der Verdoppelung der Arbeitslosenquote innerhalb von zwei Jahren auf 4,6 Prozent und des Rückgangs der Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts kaum optimistischere Bewertungen der Wirtschaftslage zu erwarten. Das trifft auch für 1983 zu, als ähnliche gesamtwirtschaftliche Veränderungen vorausgegangen waren. Zwar nahm die Inflationsrate nach 1980 ab, doch wurde diese Entwicklung mit einem erneut schrumpfenden Bruttosozialprodukt und dem unaufhaltsamen Anstieg der Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent im Jahre 1980 auf 9,1 Prozent im Jahre 1983 erkaufte. 1983 stieg der Index für die Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage als Reaktion auf diese Verschlechterungen zum ersten Mal über 0,5 auf 0,6, was eine im Durchschnitt leicht negativ bewertete allgemeine Wirtschaftslage bedeutet.

Tabelle 1: Mittelwerte von Zufriedenheit mit dem politischen System (ZS) und der Bewertung und Erwartung der allgemeinen (AB, AE) und der individuellen (IB, IE) Wirtschaftslage für die Jahre 1972 bis 1987

	1972	1976	1980	1983	1987	Mittel
ZS	0,41	0,43	0,49	0,54	0,56	0,49
AB	0,37	0,46	0,40	0,61	0,39	0,45
AE	0,47	0,42	0,58	0,56	0,45	0,50
IB	0,33	0,37	0,35	0,43	0,37	0,37
IE	---	0,45	0,48	0,54	0,47	0,49

Da die Bewertungen der allgemeinen Wirtschaftslage zwischen den Erhebungszeitpunkten insgesamt uneinheitlichen Veränderungen unterlagen, ist ein offenkundiger direkter Aggregatzusammenhang zwischen Systemzufriedenheit und wirtschaftlichen Bewertungen nicht zu erkennen. Das gilt auch für die Bewertung der individuellen Wirtschaftslage, die vergleichbare Veränderungen zwischen diesen Zeitpunkten erfuhr. 1983 war auch hier das Jahr mit den pessimistischsten Bewertungen. Der Wert für 1976 unterschied sich allerdings weniger von den anderen Jahren. Insgesamt unterlagen die Bewertungen der

persönlichen wirtschaftlichen Lage damit geringeren Schwankungen, und sie fielen auch durchweg positiver aus als die Bewertungen der allgemeinen Wirtschaftslage. Das deutet darauf hin, daß die Bürger eine Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation auch dann registrieren können, wenn sie in ihrer individuellen wirtschaftlichen Lage noch nicht erheblich beeinträchtigt sind.

Die durch die Ölboykotts der OPEC-Staaten in eine Krise geratene Weltwirtschaft wie auch die im Inland gestiegene Inflation und Arbeitslosigkeit beunruhigten die Bundesbürger seit Mitte der 70er Jahre zunehmend. Diese Entwicklung schlug sich bis 1983 in zunehmend düsteren Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen allgemeinen und individuellen Wirtschaftslage nieder. Diese Erwartungen können folglich für diesen Zeitraum mit der steigenden Verdrossenheit mit dem politischen System in Verbindung gebracht werden. Die 1987 aber wieder optimistischeren wirtschaftlichen Einschätzungen - bei weiter gestiegener politischer Unzufriedenheit - widersprechen allerdings der Schlußfolgerung einer engen Beziehung zwischen den durchschnittlichen wirtschaftlichen Erwartungen und der Systemzufriedenheit. Ob wirtschaftliche Erwartungen in der Tat für die Zufriedenheit mit dem politischen System wichtiger sind als Bewertungen der ökonomischen Lage, wird im folgenden nun auf der Individualebene mit Querschnittsdaten von fünf Zeitpunkten überprüft.

4.2. Die Abhängigkeit der Zufriedenheit mit dem politischen System von wirtschaftlichen Einschätzungen

Insgesamt erklärten die Einschätzungen der Wirtschaftslage im Mittel etwa elf Prozent der Varianz in der Zufriedenheit mit dem politischen System. Dies entspricht der Erwartung einer relativ geringen Bedeutung der wirtschaftlichen Einschätzungen. Die Höhe der erklärten Varianz stieg allerdings im Laufe der Zeit, mit Ausnahme von 1983, fast linear an. Sie verdreifachte sich von zunächst sechs Prozent im Jahre 1972 auf 19 Prozent im Jahre 1987. 1983 fiel die erklärte Varianz auf sechs Prozent zurück (Tabelle 2). Dieser Einbruch ist mit großer Wahrscheinlichkeit durch die politische "Wende" in Bonn zu erklären. Die neu an die Macht gekommene Opposition verhieß den Bürgern neue wirtschaftspolitische Alternativen, wodurch die Verantwortung des politischen Systems für wirtschaftliche Angelegenheiten in den Hintergrund getreten und stattdessen die große Bedeutung parteipolitischer Akteure unterstrichen worden sein dürfte.

Tabelle 2: Regression der Zufriedenheit mit dem politischen System auf die Bewertung und Erwartung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage für die Jahre 1972 bis 1987

	1972	1976	1980	1983	1987	Mittel
R²	0,06	0,10	0,13	0,06	0,19	0,11
Standardisierte Regressionskoeffizienten						
AB	0,18 c	0,17 c	0,21 c	0,06 a	0,21 c	0,17
AE	0,06 a	0,06 b	0,14 c	0,10 c	0,16 c	0,10
IB	0,10 c	0,18 c	0,15 c	0,18 c	0,20 c	0,16
IE	---	0,08 c	0,03	0,03	0,02	0,04
N	1360	2033	1489	1618	1040	

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$

Die Regressionskoeffizienten bestätigen die erwartete positive Beziehung zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und der Zufriedenheit mit dem politischen System: Die Systemzufriedenheit fiel umso höher aus, je günstiger die wirtschaftlichen Einschätzungen waren. Der aus der globalen Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Zufriedenheit in der Bevölkerung gewonnene erste Eindruck eines größeren Effekts der wirtschaftlichen Erwartungen im Vergleich zu den Bewertungen wird auf der Individualebene nicht vorgefunden. Im Durchschnitt über die fünf Zeitpunkte hinweg ergab sich für die Bewertungen der allgemeinen Wirtschaftslage ein Betawert von 0,17 und für die Bewertungen der individuellen Wirtschaftslage ein fast ebenso hoher Wert von 0,16. Die Erwartungen der zukünftigen allgemeinen Wirtschaftslage spielten dagegen eine bereits wesentlich geringere Rolle ($\beta = 0,10$) und die Erwartungen der individuellen Wirtschaftslage hatten bis auf 1976 keinen statistisch signifikanten Effekt (Tabelle 2). Die Zufriedenheit mit dem politischen System wurde somit überwiegend und in fast gleichem Maße durch die Bewertungen der individuellen bzw. der allgemeinen Wirtschaftslage bestimmt. Die im Mittel größere Rolle der *Einschätzungen der allgemeinen Wirtschaftslage* (das heißt der Bewertungen und der Erwartungen zusammen) für die Systemzufriedenheit gegenüber der Bedeutung der *Einschätzung der*

persönlichen wirtschaftlichen Situation erklärt sich weitgehend durch die Irrelevanz von Erwartungen hinsichtlich der individuellen Wirtschaftslage. Die Entscheidung über die relative Wichtigkeit der Einschätzungen der allgemeinen gegenüber denen der persönlichen wirtschaftlichen Lage muß also vor diesem Hintergrund interpretiert werden, wobei allerdings die Möglichkeit kurzfristiger Schwankungen nicht vergessen werden darf.

Die Auswirkungen der einzelnen Komponenten der wirtschaftlichen Einschätzungen auf die Systemzufriedenheit scheinen selbst von den durchschnittlichen Einschätzungen der Wirtschaftslage abhängig zu sein. 1976 und 1983, als die Bewertungen vergleichsweise pessimistisch ausfielen, spielten die Bewertungen der individuellen Wirtschaftslage eine wichtigere Rolle für die Systemzufriedenheit als die der allgemeinen Wirtschaftslage. Die naheliegende Folgerung, die individuelle wirtschaftliche Lage werde in als besonders schlecht wahrgenommenen Zeiten stärker politisiert, muß allerdings aufgrund der geringen Zahl von Zeitpunkten und der geringen Unterschiede zwischen den einzelnen Werten mit Vorsicht betrachtet werden. Ferner müssen stets auch andere Einflüsse mitbeachtet werden. Die mögliche Wirkung des politischen Machtwechsels 1982 wurde bereits angesprochen. Dieses Ereignis dürfte aber nicht nur zur Erklärung der abnehmenden Bedeutung wirtschaftlicher Einschätzungen für die Systemzufriedenheit insgesamt herangezogen werden, sondern auch für die abnehmende Bedeutung der Bewertung der *allgemeinen* im Vergleich zu der Bewertung der *individuellen* Wirtschaftslage. Der auf den ersten Blick überraschend kleine Betawert von 0,06 für die Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage im Jahre 1983 erscheint bei näherer Betrachtung recht plausibel. Die Bürger sahen in der damaligen schlechten allgemeinen Wirtschaftslage offenbar keine Grundlage mehr für ihre Bewertung des politischen Systems. Ihre Systemzufriedenheit wurde vielmehr durch die antizipierte Entwicklung der Wirtschaft nach der politischen Wende (Beta=0,10) und durch ihre persönliche Wirtschaftslage (Beta=0,18) bestimmt. Dieses Ergebnis weist erneut auf den Einfluß aktueller politischer Ereignisse hin und bestätigt die vermutete Verbindung zwischen der Systemzufriedenheit und der Zufriedenheit mit politischen Akteuren (z.B.: Parteien, Regierung).

Die Erwartungen der individuellen Wirtschaftslage hatten nach 1976 keine statistisch signifikanten Wirkungen mehr auf die Systemzufriedenheit. Die Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage gewannen dagegen zwischen 1972 und 1987 nicht nur insgesamt, sondern auch im Vergleich mit den Bewertungen der allgemeinen Wirtschaftslage an Bedeutung. Die zum Teil

turbulente wirtschaftliche Entwicklung in diesem Zeitraum dürfte zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Die Wirtschaftslage wurde wahrscheinlich als zunehmend unstabil erfahren, so daß einschneidende Veränderungen möglich schienen. Bedingt durch diese Unsicherheit wurde den Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Wirtschaftslage konsequenterweise eine größere Bedeutung beigemessen.

4.3. Differenzierung der Analyse nach regionalem wirtschaftlichem Kontext

Die in der Bundesrepublik regional unterschiedliche Konjunkturlage wirkte sich im Jahre 1987 auf die Systemzufriedenheit und auf die ökonomischen Bewertungen und Erwartungen kaum aus. Bei Befragten aus Gegenden mit objektiv schlechterer allgemeiner Wirtschaftslage war praktisch kein Anstieg der Unzufriedenheit mit dem politischen System feststellbar (Tabelle 3). Auch die Zunahme von negativen Einschätzungen (d.h. der Bewertungen und Erwartungen zusammen) der allgemeinen und persönlichen Wirtschaftslage war gering.

Tabelle 3: Mittelwerte von Zufriedenheit mit dem politischen System und der Bewertung und Erwartung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage, differenziert nach wirtschaftlichem Kontext (kreisbezogene Arbeitslosenquote im Januar 1986) für das Jahr 1987

Arbeitsl. quote	< 5,9%	6,0%–10,9%	11,0%–15,0%	> 15,0%
ZS	0,55	0,56	0,57	0,52
AB	0,31 * *	0,38	0,40 *	0,42 *
AE	0,45	0,47	0,44	0,44
IB	0,33	0,37	0,38	0,39
IE	0,49	0,48	0,46	0,47
N	56	332	484	168

Ein mit (*) gekennzeichneter Mittelwert weicht statistisch signifikant ($p < 0,05$) von einem ebenfalls mit (*) markierten Mittelwert einer anderen nach wirtschaftlichem Kontext gebildeten Teilstichprobe ab. (* *) bedeutet, daß sich der betreffende Wert von zwei ebenfalls gekennzeichneten Mittelwerten anderer Kategorien statistisch signifikant unterscheidet.

Lediglich die Bewertungen der allgemeinen Wirtschaftslage unterschieden sich signifikant zwischen den Befragten aus Gegenden mit unterschiedlich hoher Arbeitslosenquote. Bei der Veränderung der Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Situation in Regionen unterschiedlicher wirtschaftlicher Prosperität erkennt man dagegen nur noch einen Trend zu pessimistischeren Bewertungen. Die durchschnittlichen Erwartungen der allgemeinen und der persönlichen Wirtschaftslage stehen schließlich in keiner erkennbaren Beziehung zu der Höhe der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Regionen.

Die durch die wirtschaftlichen Einschätzungen erklärte Varianz in der politischen Systemzufriedenheit war bei Personen aus Kreisen mit besonders großen wirtschaftlichen Strukturproblemen mit 23 Prozent um drei Prozent höher als bei den Befragten aus den Kreisen mit einer unter 15 Prozent liegenden Arbeitslosenquote (Tabelle 4). Einen deutlicheren Einfluß auf die relative Bedeutung der Einschätzungen der allgemeinen bzw. der individuellen Wirtschaftslage hatte der regionale wirtschaftliche Kontext. Die Wirkung der Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage auf die Systemzufriedenheit verringerte sich bei

Tabelle 4: Regression der Zufriedenheit mit dem politischen System auf die Bewertung und Erwartung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage, differenziert nach wirtschaftlichem Kontext (kreisbezogene Arbeitslosenquote im Januar 1986) für das Jahr 1987

	Arbeitsl. quote < 5,9%	6,0%-10,9%	11,0%-15,0%	> 15,0%
R²	0,20	0,20	0,20	0,23
Standardisierte Regressionskoeffizienten				
AB	0,34 a	0,25 c	0,24 c	0,09
AE	0,24	0,18 b	0,12 a	0,14
IB	0,09	0,09	0,25 c	0,26 b
IE	0,00	0,08	0,00	0,20 b
N	56	332	484	168

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$

objektiv gegebenen wirtschaftlichen Kontextproblemen zugunsten der Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Lage und umgekehrt. Während in Kreisen mit relativ guter Arbeitsmarktlage die Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage einen statistisch signifikanten Einfluß auf die Zufriedenheit mit dem politischen System hatten, kehrte sich dieses Bild in den Kreisen mit akuten wirtschaftlichen Problemen um. Hier waren lediglich die Werte für die Bewertungen und Erwartungen der individuellen wirtschaftlichen Situation signifikant. Systemzufriedenheit kovarierte somit weniger mit Skepsis gegenüber der allgemeinen Wirtschaftslage, sondern eher mit ökonomischem Pessimismus hinsichtlich der persönlichen Lebenslage. Dieses Ergebnis ist ein weiterer Beleg dafür, daß die relative Bedeutung von Einstellungen zur individuellen wirtschaftlichen Lage für die Systemzufriedenheit bei Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zunimmt. Dieses recht plausible Resultat zeigt, daß es in einem gewissen Umfang müßig ist, theoretisch darüber zu spekulieren, ob Einstellungen zur allgemeinen oder zur persönlichen wirtschaftlichen Situation sich stärker auf politische Einstellungen auswirken. Je nach den Verhältnissen kann beides richtig sein. Wer unter relativ guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lebt, kann es sich leisten, seine politischen Bewertungen an abstrakten Leistungsbeurteilungen zu orientieren. Je näher die abstrakten Probleme an das Individuum heranrücken, desto eher wird stattdessen die persönliche wirtschaftliche Lebenssituation politisiert.

4.4. Differenzierung der Analyse nach Individualmerkmalen

4.4.1. Vorbemerkung

Es besteht der begründete Verdacht, daß unterschiedliche Gruppierungen in der Bevölkerung von wirtschaftlichen Problemen ungleich betroffen werden und daß sie auch unterschiedliche Erwartungen an die staatliche Verantwortung für wirtschaftliche Bedingungen haben. Die Merkmale Alter und Bildung trennen zum Beispiel Bürger mit recht unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. In den folgenden Abschnitten wird deshalb der Frage nachgegangen, inwieweit bei Personen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Bildung veränderte Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und politischer Zufriedenheit festgestellt werden können. Daneben wird die Gesamtstichprobe auch nach der Parteiidentifikation der Befragten unterteilt, denn die affektive Bindung an eine Partei verspricht eine

besonders deutliche Wirkung auf die politischen und wirtschaftlichen Urteile der Bürger.

Da nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden kann, daß zwischen Alter und politischer und wirtschaftlicher Zufriedenheit eine linear Beziehung besteht oder daß die einzelnen Kategorien für die Höhe der Bildung oder gar für die Parteiidentifikation intervallskaliert sind, wird die Gesamtstichprobe je nach Merkmal in zwei oder drei Teilstichproben aufgeteilt. Bei den nach Alter differenzierten Stichproben werden drei Gruppen unterschieden: die Jungen (18 bis 30 Jahre), die Mittelalten (31 bis 55 Jahre) und die Alten (über 55 Jahren). Die formale Bildung wurde mit Hilfe zweier Kategorien erfaßt: niedrige Schulbildung (höchstens Hauptschulabschluß) und höhere Schulbildung (Mittlere Reife oder ein höherer Schulabschluß). Diese Beschränkung auf zwei Gruppen ist notwendig gewesen, um die Fallzahlen für die höher Gebildeten nicht zu gering ausfallen zu lassen. Gleiches gilt für die drei nach Parteiidentifikation unterteilten Teilstichproben, die auf Personen begrenzt werden mußten, die sich entweder zu den Anhängern der SPD, der CDU/CSU oder zu den parteipolitisch Unabhängigen zählten. Bürger, die sich mit der FDP, den Grünen oder einer der Splitterparteien identifizierten, konnten nicht berücksichtigt werden.

Das Ziel dieser Differenzierungen besteht in erster Linie darin, die Beziehung in den genannten Bevölkerungsgruppen genauer zu beschreiben. Das heißt im Einzelnen: Unterscheiden sich die einzelnen Teilgruppen tatsächlich in ihrer politischen und wirtschaftlichen Zufriedenheit und in ihrer politischen Reaktion auf wirtschaftliche Einschätzungen voneinander und bleiben diese (unterschiedlichen) Beziehungen über die Zeit konstant?

4.4.2. Alter

Die mit dem Alter einhergehenden Unterschiede akkumulierter Lebenserfahrung und altersspezifischer Entwicklungsaufgaben sorgen für alterstypische Normen, Werte und Einstellungen. In der Bundesrepublik neigen ältere Personen aufgrund ihrer frühen Sozialisation in der von wirtschaftlicher Not gekennzeichneten Kriegs- und Nachkriegszeit stärker zu einer an materieller Sicherheit ausgerichteten Weltanschauung als die im Wohlstand aufgewachsenen Jüngeren, die sich mehr an Werten wie Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit orientieren

konnten. Die Hypothese der "stillen Revolution" postuliert einen zunehmenden Wertewandel in den westlichen Demokratien, dessen Hauptcharakteristikum die Abnahme materialistischer Einstellungen durch Generationswechsel ist (Inglehart 1971). Postmaterialistische Wertorientierungen sind demnach nicht in jeder Altersgruppe gleich stark zu erwarten¹¹. In der Regel wird tatsächlich eine mit steigendem Lebensalter ausgeprägtere materialistische Sichtweise vorgefunden (z.B.: Inglehart 1979: 324). Da Einschätzungen der Wirtschaftslage um so leichter politisiert werden, je zentraler sie für den Einzelnen sind, kann eine mit dem Alter zunehmende Bedeutung wirtschaftlicher Einschätzungen für die Zufriedenheit mit dem politischen System angenommen werden. Dem kann allerdings entgegengehalten werden, daß jüngere wie ältere Menschen im Durchschnitt über eine geringere materielle Absicherung und geringeren Wohlstand als Personen mittleren Alters verfügen. Deshalb könnte auch von jüngeren Bürgern eine relativ große politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit und auch ausgeprägte politische Reaktionen als Folge ihrer wirtschaftlichen Einschätzungen erwartet werden.

Daß die bis 30-jährigen zu den eher unzufriedenen Bürgern gehören, belegen die Daten. Die Jungen zeigten im Mittel die größte politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit, und sie unterschieden sich auch deutlich von den beiden anderen Altersgruppen, der Gruppe der 31 bis 55-jährigen und der Gruppe der über 55-jährigen (Tabelle 5). Die zwei älteren Altersgruppen waren ihrerseits in Bezug auf ihre politische und ökonomische Zufriedenheit statistisch nicht eindeutig voneinander zu trennen, so daß eine generell größere relative Deprivation der älteren Bürger in Frage gestellt werden muß. Der Zusammenhang von wirtschaftlichen Einschätzungen und Systemzufriedenheit belegt allerdings, daß die unter 30-jährigen und vor allem die über 55-jährigen wirtschaftlichen Überlegungen großen Raum bei der Bewertung des politischen Systems geben. Im Mittel wurden bei den älteren Personen 13 Prozent und bei den jüngeren Bürgern elf Prozent der Varianz in der Systemzufriedenheit durch wirtschaftliche Einschätzungen erklärt (Tabelle 6). Bei Personen mittleren Alters spielten wirtschaftliche Einschätzungen mit neun Prozent erklärter Varianz die geringste Rolle.

¹¹ Puschner (1985) stellt die Richtigkeit der Inglehartschen Hypothesen für die Bundesrepublik in Frage. Er erkennt die Wichtigkeit der formativen Jahre für die Wertorientierung des Individuum an, weist aber darauf hin, daß auch im Erwachsenenalter die Wertorientierungen durch die äußeren Bedingungen beeinflusst werden. Der lebenslange Sozialisationsprozeß vermindert also die Unterschiede zwischen den einzelnen Generationen.

Die genauere Betrachtung über die Zeitpunkte hinweg ergibt eine parallele Entwicklung bei den älteren Befragten und bei Personen mittleren Alters und eine davon abweichende Entwicklung bei den unter 30-jährigen. Die Höhe der durch wirtschaftliche Einschätzungen erklärten Varianz in der Systemzu-

Tabelle 5: Mittelwerte von Zufriedenheit mit dem politischen System und der Bewertung und Erwartung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage, differenziert nach Lebensalter für die Jahre 1972 bis 1987

		1972	1976	1980	1983	1987	Mittel
Alter 18-30 Jahre	ZS	0,42	0,45	0,55**	0,60**	0,58	0,52
	AB	0,37	0,46	0,42*	0,61	0,42*	0,46
	AE	0,44**	0,40**	0,53	0,58	0,46	0,48
	IB	0,34	0,40**	0,38**	0,45*	0,37	0,39
	IE	---	0,41**	0,43**	0,52	0,43**	0,45
	N	258	447	356	359	226	
Alter 31-55 Jahre	ZS	0,40	0,42	0,47*	0,54*	0,56	0,48
	AB	0,37	0,47	0,39*	0,60	0,39	0,44
	AE	0,47*	0,42*	0,52	0,57	0,43	0,48
	IB	0,32	0,36*	0,33*	0,42*	0,37	0,36
	IE	---	0,46*	0,48**	0,54	0,47*	0,49
	N	657	944	634	722	430	
Alter ü. 55 Jahre	ZS	0,42	0,43	0,48 *	0,51 *	0,54	0,48
	AB	0,38	0,45	0,39	0,61	0,38 *	0,44
	AE	0,47 *	0,43 *	0,54	0,55	0,43	0,48
	IB	0,34	0,36 *	0,35 *	0,42	0,37	0,37
	IE	---	0,47 *	0,50**	0,54	0,49 *	0,50
	N	445	636	499	537	396	

Ein mit (*) gekennzeichnete Mittelwert weicht für das jeweilige Jahr statistisch signifikant ($p < 0,05$) von einem ebenfalls mit (*) markierten Mittelwert einer anderen nach Alter gebildeten Teilstichprobe ab. (**) bedeutet, daß sich der betreffende Wert von zwei ebenfalls gekennzeichneten Mittelwerten anderer Kategorien statistisch signifikant unterscheidet.

Tabelle 6: Regression der Zufriedenheit mit dem politischen System auf die Bewertung und Erwartung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage, differenziert nach Lebensalter für die Jahre 1972 bis 1987

	1972	1976	1980	1983	1987	Mittel
R²	0,02	0,09	0,18	0,06	0,18	0,11
Standardisierte Regressionskoeffizienten						
Alter 18-30 Jahre	AB 0,09	0,18 c	0,18 c	0,04	0,23 b	0,14
	AE 0,08	0,09	0,22 c	0,11 a	0,23 c	0,15
	IB 0,08	0,14 b	0,22 c	0,17 c	0,11	0,14
	IE ---	0,07	0,03	0,09	0,00	0,05
N	258	447	356	359	226	
R²	0,05	0,10	0,10	0,05	0,16	0,09
Standardisierte Regressionskoeffizienten						
Alter 31-55 Jahre	AB 0,19 c	0,12 c	0,25 c	0,07	0,20 c	0,17
	AE 0,02	0,07 a	0,10 a	0,12 b	0,16 b	0,09
	IB 0,07	0,20 c	0,06	0,13 c	0,18 c	0,13
	IE ---	0,09 b	0,04	0,00	0,00	0,03
N	657	944	634	722	430	
R²	0,09	0,13	0,13	0,08	0,23	0,13
Standardisierte Regressionskoeffizienten						
Alter ü. 55 Jahre	AB 0,21 c	0,26 c	0,17 c	0,06	0,21 c	0,18
	AE 0,09 a	0,03	0,09	0,05	0,11 a	0,07
	IB 0,13 a	0,16 c	0,15 b	0,23 c	0,27 c	0,19
	IE ---	0,08 a	0,12 a	0,06	0,06	0,08
N	445	636	499	537	396	

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$

friedenheit änderte sich bei Personen mittleren Alters und bei älteren Menschen zwischen den einzelnen Zeitpunkten, doch blieb das Verhältnis der Werte der beiden Gruppen zueinander etwa gleich. Die wirtschaftlichen Einschätzungen scheinen bei den über 30-jährigen Bürgern also zunehmend wichtiger für die Systemzufriedenheit zu werden.

Bei den jüngeren Personen hatten wirtschaftliche Einschätzungen 1972 und 1976 die geringste Erklärungskraft für politische Zufriedenheit. Für diese zwei Zeitpunkte kann man von einer generell mit dem Alter ansteigenden Bedeutung wirtschaftlicher Einschätzungen ausgehen. Bereits 1976 schrumpfte der Unterschied zwischen den unter 30-jährigen und Personen mittleren Alters aber etwas zusammen, und 1980 erklärten wirtschaftliche Einschätzungen bei den Jungen die meiste Varianz in der Systemzufriedenheit. Im Laufe der 70er Jahre nahm also die Relevanz wirtschaftlicher Einstellungen für die Systemzufriedenheit bei den jüngeren Menschen erheblich zu, wobei die verschlechterten Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten junger Menschen wahrscheinlich eine wichtige Rolle gespielt haben. 1983 und 1987 entsprach die Stärke des Zusammenhanges von wirtschaftlichen Einschätzungen und Systemzufriedenheit bei den unter 30-jährigen schließlich dem Bevölkerungsdurchschnitt; bei den Alten war die Stärke des Zusammenhanges etwas größer, bei den Personen mittleren Alters etwas niedriger. Diese Ergebnisse unterstützen somit für 1972 und 1976 noch die aus der Hypothese der "stillen Revolution" abgeleitete Annahme, für die Jahre nach 1976 sprechen die Werte dann eher für eine stärkere politische Reaktion auf wirtschaftliche Einschätzungen bei den benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Die Untersuchung der Bedeutung der verschiedenen Komponenten der Einstellungen zur Wirtschaftslage für die Systemzufriedenheit ergibt ein uneinheitliches Muster. Bei den unter 30-jährigen war bis auf 1980 und 1983 die Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage wichtiger als die Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Situation. Die Ergebnisse für die Personen mittleren Alters entsprechen weitgehend den bei der Gesamtanalyse ermittelten Werten. Bei den Alten überwiegt bis einschließlich 1980 die Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage, danach waren die Bewertungen der individuellen Wirtschaftslage stärker in ihrer Wirkung auf den Grad der Systemzufriedenheit.

Diese Unterschiede in den Reaktionsmustern zwischen den Altersgruppen und über die fünf Zeitpunkte hinweg unterliegen so großen Schwankungen, daß von der Existenz einfacher und für die Gesamtbevölkerung allgemein gültiger

Zusammenhänge nicht ausgegangen werden kann. Da eine befriedigende Erklärung dieser Unterschiede auf der Grundlage der vorhandenen Daten nicht möglich ist, können nur einige Vermutungen angestellt werden. Verschiedene Altersgruppen fühlen sich offensichtlich von kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen unterschiedlich stark betroffen. Der seit den späten 70er Jahren herrschende Notstand auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt mag jüngere Bürger dazu gebracht haben, daß sie 1980 um ihre individuelle wirtschaftliche Situation besonders besorgt waren. Ähnlich könnten die seit dem Regierungswechsel 1982 anstehenden staatlichen Sparmaßnahmen im Sozialbereich bei den älteren Bürgern Betroffenheit ausgelöst haben und somit für die heftigeren politischen Reaktionen auf Bewertungen der persönlichen als auf solche der allgemeinen Wirtschaftslage verantwortlich sein.

4.4.3. Bildung

Die formale Bildung ist einer der bestimmenden Faktoren für die soziale und wirtschaftliche Position des Einzelnen, da von ihr in der Regel auch die wirtschaftliche Sicherheit und das soziale Ansehen des Einzelnen abhängt. Ein höherer Schulabschluß geht allerdings nicht notwendigerweise mit größerer Zufriedenheit einher. Die Gruppe der höher Gebildeten war im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit dem politischen System und mit der allgemeinen Wirtschaftslage von der Gruppe der Personen mit niedrigem Schulabschluß praktisch nicht zu unterscheiden (Tabelle 7). Die individuelle Wirtschaftslage wurde von diesen Personen allerdings - entsprechend ihrer im Durchschnitt objektiv besseren Einkommenssituation - bis auf 1983 zu allen Zeitpunkten signifikant besser eingeschätzt.

Postmaterialistische Anschauungen sind nicht nur unter jungen Menschen, sondern auch unter den Personen mit höherer Schulbildung überrepräsentiert (z.B.: Inglehart 1979: 326). Entsprechend der Argumentation im vorigen Abschnitt kann deshalb mit steigender formaler Bildung eine abnehmende Bedeutung der wirtschaftlichen Einschätzungen für die Systemzufriedenheit postuliert werden. Diese Annahme wurde im Durchschnitt der fünf Zeitpunkte auch bestätigt: Wirtschaftliche Einschätzungen erklärten bei den niedrig Gebildeten zwölf Prozent der Varianz in der Systemzufriedenheit gegenüber neun Prozent bei Personen mit höheren Schulabschlüssen (Tabelle 8). Auch die Werte für 1972, 1976 und 1987 stützen die These der geringeren Bedeutung wirtschaftlicher Einschätzungen für die Systemzufriedenheit unter den höher gebildeten

Bürgern; 1972 erwiesen sie sich bei ihnen sogar als völlig bedeutungslos. 1980 und 1983 allerdings erklärten wirtschaftliche Bewertungen und Erwartungen bei den Personen mit höheren Schulabschlüssen mit 15 bzw. mit neun Prozent die größeren Varianzanteile. Das deutet darauf hin, daß auch diese Personen unter bestimmten Umständen der Wirtschaftslage große Aufmerksamkeit schenken und dies in ihr Urteil über das politische System einfließen lassen.

Die Bedeutung der Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage war im Mittel für die Systemzufriedenheit weitgehend unabhängig vom Bildungsniveau. Dagegen gab es im Hinblick auf die Relevanz der Bewertung der individuellen

Tabelle 7: Mittelwerte von Zufriedenheit mit dem politischen System und der Bewertung und Erwartung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage, differenziert nach Schulbildung für die Jahre 1972 bis 1987

		1972	1976	1980	1983	1987	Mittel
niedr. Schul- bildung	ZS	0,41	0,42	0,49	0,53 *	0,56	0,48
	AB	0,37	0,46	0,39	0,60	0,40 *	0,48
	AE	0,47	0,43 *	0,53	0,56 *	0,45	0,44
	IB	0,34 *	0,38 *	0,36 *	0,43	0,39 *	0,49
	IE	---	0,45	0,48	0,54	0,48 *	0,49
	N	1136	1394	1097	1227	758	
höhere Schul- bildung	ZS	0,42	0,42	0,51	0,57 *	0,55	0,49
	AB	0,39	0,46	0,41	0,62	0,37 *	0,45
	AE	0,47	0,41 *	0,54	0,59 *	0,45	0,49
	IB	0,30 *	0,35 *	0,33 *	0,42	0,34 *	0,35
	IE	---	0,45	0,48	0,54	0,46 *	0,48
	N	214	616	392	391	284	

Ein mit (*) gekennzeichneteter Mittelwert weicht für das jeweilige Jahr statistisch signifikant ($p < 0,05$) von einem ebenfalls mit (*) markierten Mittelwert der anderen nach Bildung gebildeten Teilstichprobe ab.

wirtschaftlichen Lage die erwarteten Unterschiede: Unter den Personen mit höchstens Hauptschulabschluß spielte die Bewertung der persönlichen ökonomischen Situation mit einem Betawert von 0,17 eine gleich starke Rolle wie die Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage, bei den Personen mit höherer formaler Bildung sackte der entsprechende Betawert auf 0,14 etwas ab. Der insgesamt größere Effekt der individuellen wirtschaftlichen Lage bei Befragten mit geringerer Schulbildung läßt sich auch bei der relativ höheren Bedeutung der Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage festmachen. Zwar ist auch unter den Bürgern mit nur Volksschulbildung die Erwartung der allgemeinen Wirtschaftslage wichtiger für die Erklärung der Systemzufriedenheit als die der individuellen wirtschaftlichen Situation, doch ist der Unterschied

Tabelle 8: Regression der Zufriedenheit mit dem politischen System auf die Bewertung und Erwartung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage, differenziert nach Schulbildung für die Jahre 1972 bis 1987

		1972	1976	1980	1983	1987	Mittel
	R²	0,07	0,12	0,13	0,05	0,21	0,12
Standardisierte Regressionskoeffizienten							
niedr. Schulbildung	AB	0,20 c	0,17 c	0,21 c	0,03	0,22 c	0,17
	AE	0,07 a	0,07 b	0,12 c	0,09 b	0,12 b	0,09
	IB	0,10 b	0,20 c	0,12 c	0,18 c	0,25 c	0,17
	IE	---	0,10 c	0,07 a	0,03	0,03	0,06
	N	1136	1394	1097	1227	758	
	R²	0,00	0,07	0,15	0,09	0,15	0,09
Standardisierte Regressionskoeffizienten							
höhere Schulbildung	AB	0,07 ns	0,18 c	0,23 c	0,13 b	0,18 b	0,16
	AE	-0,02 ns	0,03	0,16 b	0,13 b	0,25 c	0,12
	IB	0,07 ns	0,14 c	-0,24 c	0,18 c	0,06	0,14
	IE	---	0,02	-0,04	0,05	0,02	0,03
	N	214	616	392	391	284	

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$

in der Bedeutung zwischen den beiden Erwartungen geringer als bei den Personen mit höherer Schulabschlüssen.

Die wirtschaftlichen Einschätzungen riefen zu den einzelnen Zeitpunkten in den zwei nach Schulbildung, ähnlich wie bei den nach Alter differenzierten Gruppen recht unterschiedliche Wirkungen hervor, so daß wiederum nur einige Ergebnisse besondere Erwähnung verdienen. Die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage spielte spätestens seit 1976 für die Personen mit höheren Schulabschlüssen eine größere Rolle als die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation. Dabei fällt die überdurchschnittliche Bedeutung der Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen allgemeinen Wirtschaftslage auf. Personen mit höherer formaler Bildung ließen ihre Einstellungen zum politischen System, wenn sie wirtschaftliche Überlegungen zur Grundlage ihrer Systemzufriedenheit machen, was beispielsweise im Jahre 1972 nicht der Fall war, nicht nur durch die Bewertungen der gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen, sondern auch durch die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung maßgeblich beeinflussen.

Die errechneten Betawerte für die wirtschaftlichen Einschätzungen bei den Personen mit geringerer Bildung folgen weitgehend dem für die Gesamtstichprobe gefundenem Muster. 1987 allerdings verursachte die Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Situation trotz der verbesserten allgemeinen Wirtschaftslage nicht nur große, sondern sogar gewichtigere Änderungen in der Systemzufriedenheit als die Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage. Es stellt sich die Frage, ob damit die Annahme widerlegt ist, wonach bei insgesamt pessimistischeren wirtschaftlichen Einschätzungen die Bewertungen der individuellen Wirtschaftslage an Bedeutung gewinnen, oder ob der Wirtschaftsaufschwung nach 1983 an den Personen mit niedriger Bildung vorbeigegangen ist. Die generell größere wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit bei den Personen mit niedriger Schulbildung spricht für letzteres.

4.4.4. Parteiidentifikation

Die Parteiidentifikation ist eine relativ beständige affektive Bindung einer Person an eine politische Partei, die dem Einzelnen das Zurechtfinden in der Welt der Politik erleichtert (Campbell et al. 1960). Die Parteiidentifikation ist somit eine Art Interpretationsmuster, das auch bei der Identifizierung der

politisch Verantwortlichen für wirtschaftliche Bedingungen und bei der Einschätzung wirtschaftlicher Bedingungen wirksam ist. Die Identifikation mit einer Regierungspartei kann allgemein als Puffer gegen temporäre Outputschwächen des politischen Systems angesehen werden, da es den Anhängern einer Regierungspartei in der Regel schwer fallen wird, das politische System, dessen ausführenden Organen sie sich verbunden fühlen, zu verurteilen oder der wirtschaftlichen Lage, für die die Regierung Mitverantwortung trägt, besonders schlechte Noten zu erteilen. Eine solche parteipolitische Bindung geht also nicht nur mit einer viel größeren Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung einher, sondern dürfte sich auch positiv auf die Einstellungen gegenüber dem politischen System und auf die Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage auswirken. Im Gegensatz zu diesen Personen mit einer affektiven Bindung zur Regierungspartei dürften die Anhänger der Oppositionsparteien schon deshalb nicht so optimistisch über die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse denken, weil sie von der Führung der von ihnen bevorzugten Partei immer wieder auf die bestehenden Mängel aufmerksam gemacht werden.

Bürger, die sich den Regierungsparteien nicht verbunden fühlen, lassen sich in drei Gruppen unterteilen: in Anhänger der etablierten Oppositionsparteien mit dem Willen und der Möglichkeit zur Regierungsbeteiligung, in parteipolitisch unabhängige Bürger und in Anhänger von Protestparteien ohne Ambitionen zur Übernahme von politischer Verantwortung. Die Pufferfunktion der Parteidentifikation dürfte bei den Anhängern der etablierten Oppositionsparteien aufgrund der empfundenen größeren Nähe zur politischen Macht wahrscheinlich stärker wirken als bei den Personen, die durch die Ablehnung der systemtragenden Parteien bereits ihre Unzufriedenheit mit dem politischen System zum Ausdruck bringen. Wenngleich die Ablehnung der in den Parlamenten vertretenen Parteien ihren Ursprung nicht notwendigerweise in wirtschaftlichen Überlegungen hat, so ist doch bei den parteipolitisch Unabhängigen und bei den Anhängern der Splitterparteien eine besonders skeptische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage zu vermuten. Es wird also zu prüfen sein, ob die Bindung an eine bestimmte Partei neben dem Niveau der Zufriedenheit auch die Bereitschaft beeinflußt, Verantwortung für wirtschaftliche Bedingungen dem politischen System zuzuschreiben. Wenn es stimmt, daß die Bedeutung wirtschaftlicher Einschätzungen für die Systemzufriedenheit um so größer ist, je pessimistischer die Wirtschaftslage gesehen wird, dann müßte der Zusammenhang bei den Anhängern der Regierungspartei am schwächsten, bei den parteipolitisch Unabhängigen und den Anhängern der Protestparteien dagegen am stärksten sein. Die empirische Überprüfung dieser Fragen wird in der Folge aus den

bereits dargelegten Gründen nur bei drei Gruppen durchgeführt: bei den Anhängern der SPD, der CDU/CSU und bei den parteipolitisch Ungebundenen.

Die Anhänger der SPD unterschieden sich im Durchschnitt der fünf Zeitpunkte in ihrer politischen und wirtschaftlichen Zufriedenheit so gut wie nicht von den Anhängern der CDU/CSU (Tabelle 9). Beide Befragtengruppen hatten allerdings durchweg positivere politische und wirtschaftliche Einstellungen als partei-

Tabelle 9: Mittelwerte von Zufriedenheit mit dem politischen System und der Bewertung und Erwartung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage, differenziert nach Parteidentifikation für die Jahre 1972 bis 1987

		1972	1976	1980	1983	1987	Mittel
SPD	ZS	0,36**	0,35**	0,41**	0,55*	0,59*	0,45
	AB	0,32**	0,40**	0,34**	0,61	0,41*	0,42
	AE	0,44**	0,39**	0,49**	0,59*	0,46*	0,47
	IB	0,31**	0,34**	0,33 *	0,43	0,38*	0,36
	IE	---	0,43**	0,45**	0,55*	0,49*	0,48
	N	681	762	596	557	276	
CDU/ CSU	ZS	0,47*	0,47*	0,53*	0,47**	0,42**	0,47
	AB	0,44*	0,52*	0,44*	0,60	0,32**	0,46
	AE	0,48*	0,44*	0,57	0,50**	0,38**	0,47
	IB	0,36*	0,38*	0,35	0,41 *	0,31**	0,36
	IE	---	0,46*	0,50*	0,50**	0,45*	0,48
	N	368	703	445	496	312	
partei- polit. unab- hängig	ZS	0,46 *	0,48 *	0,55 *	0,58 *	0,61 *	0,54
	AB	0,41 *	0,50 *	0,44 *	0,60	0,42 *	0,47
	AE	0,48 *	0,45 *	0,56 *	0,59 *	0,48 *	0,51
	IB	0,35 *	0,40 *	0,38 *	0,44 *	0,40 *	0,39
	IE	---	0,47 *	0,48 *	0,55 *	0,47	0,49
	N	216	307	208	481	297	

Ein mit (*) gekennzeichneter Mittelwert weicht für das jeweilige Jahr statistisch signifikant ($p < 0,05$) von einem ebenfalls mit (*) markierten Mittelwert einer anderen nach Parteidentifikation gebildeten Teilstichprobe ab. (**) bedeutet, daß sich der betreffende Wert von zwei ebenfalls gekennzeichneten Mittelwerten anderer Kategorien statistisch signifikant unterscheidet.

politisch unabhängige Befragte. Sich keiner Partei verbunden zu fühlen, scheint also tatsächlich auch Ausdruck gesteigerter politischer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit zu sein. Die Betrachtung der Durchschnittswerte spricht insgesamt für eine ausgeprägtere Unzufriedenheit bei den Bürgern ohne Parteibindung. Die Ergebnisse zu den einzelnen Zeitpunkten enthüllen allerdings, daß es keinen statistisch signifikanten Unterschied zwischen den parteipolitisch Unabhängigen und den Anhängern der jeweiligen großen Oppositionspartei gab. Die Pufferfunktion der Parteiidentifikation wirkt sich also nur bei den Anhängern der Regierungsparteien messbar aus. 1972, 1976 und 1980 gehörte die Gruppe der SPD-Anhänger, 1983 und 1987 dagegen die Gruppe der CDU/CSU-Anhänger zur politisch und wirtschaftlich zufriedensten Bevölkerungsschicht.

Personen ohne Parteibindung waren zwar nicht nachweisbar unzufriedener als die Anhänger der jeweiligen großen Oppositionspartei, sie machten ihre Systemzufriedenheit aber besonders stark von wirtschaftlichen Einschätzungen abhängig. Im Durchschnitt erklärten bei ihnen wirtschaftliche Bewertungen und Erwartungen mit 12 Prozent genau doppelt so viel Varianz in der Systemzufriedenheit wie die wirtschaftlichen Einschätzungen bei den Anhängern der SPD oder der CDU/CSU (Tabelle 10). Die Werte für die einzelnen Zeitpunkte bestätigen dieses Ergebnis uneingeschränkt. Auf der anderen Seite zeigt sich aber, daß die Anhänger der etablierten Parteien durch eine Regierungsbeilegung ihrer Partei nicht dazu veranlaßt wurden, wirtschaftliche Überlegungen in ihrer Systemzufriedenheit völlig in den Hintergrund zu stellen. 1972, 1976 und 1983 waren wirtschaftliche Einschätzungen bei den Anhängern der großen Regierungs- und Oppositionspartei etwa gleich wichtig für die Zufriedenheit mit dem politischen System. 1980 und 1987 erklärten wirtschaftliche Einschätzungen bei den Anhängern der Regierungspartei sogar mehr Varianz als bei Personen, die die große Oppositionspartei unterstützten. Die Identifikation mit der Regierungspartei hat also keinen hemmenden Einfluß auf die Beziehung zwischen wirtschaftlichen Einstellungen und Systemzufriedenheit.

Die standardisierten Regressionskoeffizienten für die einzelnen Komponenten der wirtschaftlichen Einschätzungen hatten bei den parteipolitisch unabhängigen Personen insgesamt die größten Werte. Das läßt bei dieser Gruppe auf eine generell intensivere politische Reaktion auf wirtschaftliche Einschätzungen

Tabelle 10: Regression der Zufriedenheit mit dem politischen System auf die Bewertung und Erwartung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage, differenziert nach Parteidentifikation für die Jahre 1972 bis 1987

		1972	1976	1980	1983	1987	Mittel
	R²	0,03	0,05	0,10	0,02	0,10	0,06
Standardisierte Regressionskoeffizienten							
SPD	AB	0,10 a	0,14 c	0,20 c	0,06	0,16 a	0,13
	AE	0,04	0,02	0,11 b	0,00	0,09	0,05
	IB	0,11 b	0,13 c	0,16 c	0,15 c	0,17 b	0,14
	IE	---	0,09 a	-0,05	-0,04	0,06	0,06
	N	681	762	596	557	276	
	R²	0,04	0,04	0,05	0,02	0,13	0,06
Standardisierte Regressionskoeffizienten							
CDU/ CSU	AB	0,13 a	0,07	0,17 c	0,00	0,24 c	0,12
	AE	0,04	0,07	0,05	0,12 a	0,03	0,06
	IB	0,13 a	0,14 c	0,02	0,09	0,18 b	0,11
	IE	---	0,05	0,11 a	0,03	0,09	0,07
	N	368	703	445	496	312	
	R²	0,04	0,17	0,12	0,11	0,14	0,12
Standardisierte Regressionskoeffizienten							
partei- polit. unab- hängig	AB	0,19 b	0,23 c	0,11	0,12 b	0,11	0,15
	AE	0,02	0,09	0,13	0,11 a	0,18 b	0,11
	IB	0,10	0,23 c	0,25 c	0,21 c	0,21 c	0,20
	IE	---	0,09	0,03	0,07	0,05	0,06
	N	216	307	208	481	297	

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$

schließen. Besonders auffällig sind die Werte für die Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Lage, die nach 1976 durchweg über 0,2 liegen, ein Wert, der bei den Anhängern der SPD oder der CDU/CSU nur ausnahmsweise vorgefunden wird. Für die Personen ohne Parteibindung waren persönliche wirtschaftliche Belange also offensichtlich von großer Bedeutung für ihre Systemzufriedenheit. Sie mögen für einige von ihnen unter Umständen sogar ausschlaggebend für die Aufgabe einer früheren Parteibindung gewesen sein. Ob persönliche wirtschaftliche Deprivation zu Parteiverdrossenheit und diese wiederum zu Unzufriedenheit mit dem politischen System führt, ist hier nicht das Thema. Es kann jedoch festgehalten werden, daß wirtschaftliche Unzufriedenheit gepaart mit parteipolitischer Unabhängigkeit vergleichsweise direkt in Unzufriedenheit mit dem politischen System umgesetzt wird.

Die Mittelwerte für die Bedeutung der Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage sind über die fünf Zeitpunkte hinweg fast gleich. Eine Interpretation der einzelnen Werte kann hier aus bereits erwähnten Gründen nicht geleistet werden; die Koeffizienten für 1983 verdienen allerdings eine besondere Erwähnung. 1983 zeichnete sich durch besonders düstere Einschätzungen der allgemeinen und der persönlichen Wirtschaftslage aus, ferner erfolgte Ende 1982 der Machtwechsel in Bonn. In diesem Jahr spielten für die SPD-Anhänger die Erwartungen, für die CDU/CSU-Anhänger dagegen die Bewertungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage keine Rolle für die Systemzufriedenheit. Obwohl die bisherigen Ergebnisse keinen direkten Einfluß einer SPD- oder CDU/CSU-Parteiidentifikation erkennen ließen, so kann dies doch nur mit der Parteiidentifikation und mit der engen Beziehung zwischen Systemzufriedenheit und Zufriedenheit mit den politischen Akteuren erklärt werden. Für die Anhänger der CDU/CSU stimmte die Folgerung 1983 nicht, daß eine schlechte Wirtschaftslage dem politischen System angelastet werden muß. Die schlechte Wirtschaftslage wurde von ihnen vielmehr als eine übernommene Last verstanden, die nun mit Hilfe der neuen Regierung in Bonn überwunden werden konnte. Es gab also für CDU/CSU-Anhänger wenig Grund, die schlechte Wirtschaftslage mit ihren politischen Einstellungen in Verbindung zu bringen. Daß aber auch für diese Bürger wirtschaftliche Überlegungen ihre Bedeutung nicht völlig verloren, erkennt man an der relativ großen Bedeutung der Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage. Da für die CDU/CSU-Anhänger ein neuer Abschnitt begann, ist es verständlich, daß sie der gegenwärtigen Situation keine, der zukünftigen jedoch eine relativ große Bedeutung beimaßen. Die SPD-Anhänger, die durch den politischen Machtwechsel in Bonn auch betroffen waren, reagierten demgegenüber

genau umgekehrt. Bei ihnen blieb die Bewertung der gegenwärtigen Wirtschaftslage von Bedeutung und die wirtschaftlichen Erwartungen zeigten keine Wirkung auf die Systemzufriedenheit. Eine positive Beziehung zwischen Erwartungen bezüglich der allgemeinen Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit ließ sich mit der Parteiloyalität besonders dann schlecht vereinbaren, wenn eine günstige wirtschaftliche Entwicklung erwartet wurde. In diesem Fall mußte ein SPD-Anhänger entweder zugeben, daß die positiven wirtschaftlichen Aussichten zum Teil der gegnerischen Partei zu verdanken waren und somit auch der Organisation des politischen Systems, das diese politische Alternative zuließ, oder aber er mußte seine Zufriedenheit mit dem politischen System von seinen wirtschaftlichen Erwartungen abkoppeln. 1983 war also für die Anhänger beider großen Parteien ein besonderes Jahr mit einer Veränderung der Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und der Zufriedenheit mit dem politischen System.

5. Zusammenfassung

"Beeinflussen wirtschaftliche Einschätzungen die Zufriedenheit mit dem politischen System?" war die Ausgangsfrage dieser Arbeit. Die Ergebnisse der Datenanalyse erlauben die Bejahung dieser Frage mit recht großer Sicherheit. Die Stärke des Zusammenhanges zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und Zufriedenheit mit dem politischen System zeigt seit den 70er Jahren einen Aufwärtstrend, was darauf schließen läßt, daß die Einstellungen der Bundesbürger zum politischen System durch wirtschaftliche Überlegungen zunehmend beeinflußt werden. Diese Entwicklung muß sich in der Zukunft allerdings nicht fortsetzen, denn das Ergebnis für das Jahr nach der politischen Wende in Bonn hat deutlich gezeigt, daß kurzfristige Änderungen jederzeit möglich sind.

1972 spielten ökonomische Überlegungen im Vergleich zu anderen innen- und außenpolitischen Fragen eine relativ geringe Rolle. Der politische Aufruf, "mehr Demokratie zu wagen" und die Kontroverse um die "Ostpolitik" standen damals in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit den herrschenden ökonomischen Bedingungen. Sie berührten und veränderten das Demokratieverständnis vieler Bürger wahrscheinlich stärker als ökonomische Problembereiche, die aufgrund der damaligen günstigen wirtschaftlichen Lage ohnehin nur wenig Anlaß zur Politisierung boten. Das Ergebnis für 1983 demonstriert auf der anderen Seite, daß wirtschaftliche Belange für die Systemzufriedenheit trotz ihrer allgemein wahrgenommenen Wichtigkeit und trotz überwiegend pessimistischen

Einschätzungen in den Hintergrund treten können, wenn politische Umwälzungen erfolgen. Aus diesen Resultaten den Schluß zu ziehen, ökonomische Bedingungen seien für die Beziehung zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und der Zufriedenheit mit dem politischen System unbedeutend, wäre voreilig. Die Untersuchung deutet vielmehr darauf hin, daß die Bundesbürger bei verbreiteten negativen wirtschaftlichen Einschätzungen und/oder unter vergleichsweise schlechten objektiven ökonomischen Rahmenbedingungen eine engere Beziehung zwischen Perzeptionen der wirtschaftlichen Lage und ihrer Systemzufriedenheit herstellen, und daß besonders eine Zunahme der relativen Wichtigkeit der Einschätzung der *persönlichen*, im Gegensatz zu derjenigen der *allgemeinen* Wirtschaftslage, unter solchen Lebensbedingungen zu beobachten ist.

Die Abhängigkeit der relativen Bedeutung der allgemeinen bzw. der individuellen Wirtschaftslage von äußeren Faktoren verdeutlicht außerdem, warum eine endgültige Entscheidung zugunsten der Hypothese der "persönlichen Erfahrung" oder zugunsten der Hypothese der "Bewertung der nationalen Wirtschaft" nicht möglich ist - und auch nicht besonders sinnvoll wäre. Hinzu kommt die Erkenntnis, daß die im Durchschnitt festgestellte relativ größere Bedeutung der Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage für die Systemzufriedenheit auf die fast völlige Irrelevanz der Erwartungen hinsichtlich der persönlichen wirtschaftlichen Situation zurückzuführen ist.

Die Beziehung zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und Systemzufriedenheit scheint allgemein vom politischen und wirtschaftlichen Umfeld abhängig zu sein. Dies ist besonders augenfällig bei der Untersuchung der Beziehungen in den nach Individualmerkmalen unterteilten Gruppen. Die Abweichungen zwischen den Gruppen sind so groß, daß die Annahme unterschiedlicher Betroffenheit und Reaktionsmuster als bestätigt betrachtet werden darf. Die Unterschiede in den Reaktionen der einzelnen Gruppen lassen sich allerdings nicht ohne weiteres verallgemeinern. Einzig bei den nach Parteiidentifikation gebildeten Teilstichproben läßt sich eine systematische Regelmäßigkeit klar erkennen. Die wirtschaftliche und politische Zufriedenheit ist unter den Anhängern der jeweiligen Regierungspartei immer am größten. Die Höhe dieser Zufriedenheit hatte bei den Anhängern der großen etablierten Parteien allerdings keinen offensichtlichen Einfluß auf die Stärke der Beziehung zwischen wirtschaftlichen Einschätzungen und Systemzufriedenheit. Auch die Intensität der politischen Reaktionen auf die jeweiligen wirtschaftlichen Bewertungen und Erwartungen unterschieden sich bei den Anhängern der SPD

und der CDU/CSU nicht systematisch voneinander; lediglich bei den parteipolitisch Ungebundenen erklärten wirtschaftliche Einschätzungen einen deutlich größeren Teil der Varianz in der Zufriedenheit mit dem politischen System, und nur bei dieser Gruppe waren die politischen Einstellungsänderungen auf veränderte wirtschaftliche Einschätzungen deutlich stärker.

Im Laufe dieser Studie ist wiederholt auf die Schwierigkeit hingewiesen worden, die Zufriedenheit mit dem politischen System klar von der Zufriedenheit mit den politischen Akteuren zu trennen. Dies mag zum Teil an den zur Verfügung stehenden Indikatoren liegen, zum Teil aber auch durch die Multikollinearität dieser politischen Einstellungen bedingt sein. Weiterführende Studien sollten der Frage eingehendere Beachtung schenken, inwieweit und unter welchen Bedingungen wirtschaftliche Einschätzungen gleichzeitig auf beide oder schwerpunktmäßig auf eine dieser Einstellungsdimensionen wirken. Dies würde die Interpretation der Ergebnisse weiter erleichtern und vor allem wäre eine noch größere Genauigkeit bei der Beurteilung der tatsächlichen Auswirkungen wirtschaftlicher Einschätzungen auf die Zufriedenheit mit dem politischen System möglich.

Literatur

- Almond, G. A., Verba, S., 1965: *The Civic Culture*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Baker, K. L., Dalton, R. J., Hildebrandt, K., 1981: *Germany Transformed: Political Culture and the New Politics*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Citrin, J., 1974: Comment: The Political Relevance of Trust in Government. *American Political Science Review* 68: 973-988.
- Campbell, A., Gurin, G., Miller, W. E., 1954: *The Voter Decides*. Evanston, Ill.: Row, Peterson.
- Campbell, A. Converse, P. E., Miller, W. E., Stokes, D. E., 1960: *The American Voter*. New York: Wiley.
- Conradt, D. P., 1980: Changing German Political Culture. S. 212-272 in: Almond, G. A., Verba, S. (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited: An Analytic Study*. Boston: Little, Brown and Co.
- Easton, D., 1969: *A Systems Analysis of Political Life*. Chicago: University of Chicago Press.
- Feldman, S., 1983: Economic Individualism and American Public Opinion. *American Politics Quarterly* 11: 3-29.
- Finifter, A. W., 1970: Dimensions of Political Alienation. *American Political Science Review* 64: 389-410.
- Fiorina, M. P., 1981: *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven: Yale University Press.
- Frey, B. S., Garbers, H., 1972: Der Einfluß wirtschaftlicher Variablen auf die Popularität der Regierung - eine empirische Analyse. *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik* 186: 281-295.

- Gabriel, O. W., 1989: Wirtschaftslage und Systemakzeptanz in der Bundesrepublik Deutschland. S. 196-252 in: Falter, J. W., Rattinger, H., Troitzsch, K. G. (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Inglehart, R., 1977: *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Inglehart, R., 1979: Value Priorities and Socioeconomic Change. S. 305-342 in: Barnes, S. H., Kaase, M. (Hrsg.), *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*. London: Sage.
- Kaltefleiter, W., 1968: *Wirtschaft und Politik in Deutschland: Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*. Köln: Westdeutscher Verlag.
- Kaltefleiter, W., 1974: Beziehungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität. S. 43-57 in: Schneider, H. K. et al. (Hrsg.), *Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Kensington, K., 1970: *The Uncommitted*. New York: Dell.
- Kessel, J. H., 1972: Comment: The Issues in Issue Voting. *American Political Science Review* 66: 459-465.
- Kiewiet, R. D., 1983: *Macroeconomics and Micropolitics. The Electoral Effects of Economic Issues*. Chicago: University of Chicago Press.
- Kinder, D. R., Kiewiet, R. D., 1979: Economic Discontent and Political Behavior: The Role of Personal Grievances and Collective Economic Judgements in Congressional Voting. *American Journal of Political Science* 23: 495-527.
- Kirchgässner, G., 1974: Ökonometrische Untersuchungen des Einflusses der Wirtschaftslage auf die Popularität der Parteien. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 110: 409-445.
- Kirchgässner, G., 1977: *Wirtschaftslage und Wählerverhalten: Eine empirische Studie für die Bundesrepublik Deutschland von 1971 bis 1976*. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 510-536.

- Klingemann, H.-D., Pappi, F. U., 1970: Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969. *Politische Vierteljahresschrift* 11: 111-138.
- Koff, S., 1973: The Political Use of the Concept of Alienation. S. 269-293 in: Johnson, F.: *Alienation: Concept, Term and Meanings*. New York: Seminar Press.
- Kramer, G.H., 1971: Short-term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896-1964. *American Political Science Review* 65: 131-143.
- Küchler, M., 1986: A Trend Analysis of System Support in West Germany. Paper prepared for 1986 Southern Political Science Association Meeting, Nov. 6-8, Atlanta. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Lipset, S.M., 1979: Whither "The First New Nation"? *Tocqueville Review* 1: 64-99.
- Muller, E. N., Jukam, T. O., Selingson, M. A., 1982: Diffuse Political Support and Antisystem Political Behavior: A Comparative Analysis. *American Journal of Political Science* 26:240-264.
- Norpoth, H., Yantek, Th., 1983: Von Adenauer bis Schmidt: Wirtschaftslage und Kanzlerpopularität. S. 198-221 in: Kaase, M., Klingemann, H.-D. (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Olson, M. E., 1969: Two Categories of Political Alienation. *Social Forces* 47: 288-299.
- Paige, J. M., 1971: Political Orientation and Riot Participation. *American Sociological Review* 36: 810-820.
- Puschner, W., 1985: Materialismus und Postmaterialismus in der Bundesrepublik Deutschland 1970-1982. Eine Kohortenanalyse zu Ingleharts Theorie des Wertwandels. S. 357-390 in: Oberndörfer, D., Rattinger, H., Schmitt, K. (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker und Humblot.

- Rattinger, H., Puschner, W., 1981: Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953-1980. Politische Vierteljahresschrift 22: 264-286.
- Rattinger, H., 1983: Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotential: zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1980. S. 257-317 in: Kaase, M., Klingemann, H.D. (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Roth, D., 1973: Ökonomische Variablen und Wahlverhalten: Eine empirische Untersuchung zur Validität von Einschätzungsfragen. Politische Vierteljahresschrift 14: 257-274.
- Seeman, M. 1959: On the Meaning of Alienation. American Sociological Review 24: 783-791.
- Seeman, M., 1972: Alienation and Engagement. S. 467-527 in: Campbell, A., Converse, P. (Hrsg.), The Human Meaning of Social Change. New York: Russell Sage Foundation.
- Schlozman, K., Verba, S., 1979: Injury to Insult. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Sniderman, M.P., Brody, R.A., 1977: Coping: The Ethic of Self-Reliance. American Journal of Political Science 21: 501-521.
- Statistisches Bundesamt Hrsg. 1985: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer.
- Wright, J. D., 1981: Political Disaffection. S. 1-79 in: Long, S.L. (Hrsg.), The Handbook of Political Behavior, Vol. 4. New York: Plenum Press.